Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7151**

17. Wahlperiode 26. 09. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/6153 –

Für eine gerechte und entwicklungsförderliche internationale Rohstoffpolitik

A. Problem

Wichtige rohstoffverbrauchende Entwicklungs- und Schwellenländer haben ihre Rohstoffpolitik strategisch neu ausgerichtet. Ferner ist davon auszugehen, dass sich die Rohstoffbedarfsprofile aufgrund neuer Technologieentwicklungen in den kommenden Jahrzehnten grundlegend verändern werden. Darüber hinaus führen schon heute Verknappungen an den Rohstoffmärkten zu Produktionseinschränkungen. Verschiedene Länder haben zwischenzeitlich handelspolitische Maßnahmen ergriffen (u. a. Exportzölle, Exportquoten, Importvergünstigungen).

Entsprechend hat die Bundesregierung im Herbst 2010 in ihrer weiterentwickelten Rohstoffstrategie (Drucksache 17/3399) neue Kernziele definiert, die unter anderem den Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen, die Diversifizierung der Rohstoffbezugsquellen, den Aufbau bilateraler Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Ländern sowie die Herstellung von Transparenz und Good Governance bei der Rohstoffgewinnung vorsehen. Die Bundesregierung hat angekündigt, im Rahmen der bilateralen wie multilateralen EU-Handelspolitik nachdrücklich auf die Umsetzung dieser Ziele zu drängen, auch im Rahmen der anstehenden Reform des Allgemeinen Präferenzsystems, allerdings mit der Einschränkung, „soweit ärmere und ärmste Entwicklungsländer nicht nachteilig betroffen sind“. Beim angestrebten Abbau von Exportbeschränkungen hat die Bundesregierung entwicklungspolitisch begründete Ausnahmen konzediert: „Armen/ärmsten Entwicklungsländern sollte eine gewisse Flexibilität wie Übergangsfristen beim Zollabbau eingeräumt werden, um Alternativen zur Sicherstellung der Staatseinnahmen aufzubauen.“

Der Rohstoffreichtum gerade in Entwicklungsländern zeigt sich erfahrungsgemäß als ambivalent: Einerseits kann eine rigide Förderpolitik zu Umweltschäden, schlechten Arbeitsbedingungen und zur Missachtung der Menschenrechte führen und die Korruption fördern, bestehende Konflikte finanzieren oder gar neue bewaffnete Konflikte auslösen. In Krisenszenarios werden heute bereits Kriege um Rohstoffe vorausgesagt. Andererseits bietet der Rohstoffreichtum die

Chance, Staatseinnahmen zu generieren, mit denen eine nachhaltige und eigenverantwortliche Entwicklung auf den Weg gebracht, eine inländische Wertschöpfungskette sowie ein selbstragendes Sozialsystem aufgebaut werden können.

Die Partnerländer im Süden, die mit der EU in Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen oder andere Handelsabkommen stehen, widersetzen sich diesen Verhandlungszielen Deutschlands und der EU und verteidigen ihre ordnungspolitischen Spielräume. Rohstoffexportierende Schwellen- und Entwicklungsländer wenden Exportzölle und -beschränkungen erfolgreich an, um Staatseinnahmen zu generieren, Einfluss auf die Preisbildung zu nehmen, nationalen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen und die Entwicklung binnenwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten zu ermöglichen. Die partielle Drosselung des Rohstoffabbaus kann zu einer wirtschaftlichen Diversifizierung beitragen und ihre eigene Industrie gegenüber konkurrierenden Investoren aus dem Ausland schützen sowie die wirtschaftliche Entwicklung entsprechend ihrer eigenen entwicklungspolitischen Prioritäten lenken.

B. Lösung

Damit es im Zuge der Umsetzung der neuen Rohstoffstrategie nicht zu einer vollständigen Liberalisierung des globalen Handels mit Rohstoffen und den Abbau investitionssteuernder Instrumente in den Rohstoffländern kommt, soll die Bundesregierung ihre Rohstoffstrategie komplett zurückziehen und einen neuen rohstoffpolitischen Ansatz erarbeiten. Entwicklungs-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen sollen daran beteiligt werden.

Dabei soll der Schwerpunkt auf eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs, eine dezentrale Energiegewinnung und den verstärkten Einsatz von regenerativer Energie liegen. Außen- und entwicklungspolitisch soll vor allem Abstand davon genommen werden, entwicklungspolitische Vorhaben an den wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie beim Zugang zu Rohstoffen auszurichten. Dazu soll das Konzept der angestrebten Rohstoffpartnerschaften aufgegeben werden. Stattdessen sind diese Länder durch Technologietransfer von ihrer rohstoffexportorientierten Abhängigkeit zu befreien. Ferner sollen die Menschenrechte, soziale Mindeststandards und der Umweltschutz sanktionsbewehrt in die Handelsabkommen der EU aufgenommen werden. Insbesondere soll der Zugang von Ländern des Südens zum Allgemeinen Präferenzsystem nicht mit deren Bereitschaft verknüpft werden, Exportbeschränkungen im Rohstoffsektor abzubauen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/6153 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2011

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dagmar G. Wöhrl Vorsitzende	**Jürgen Klimke** Berichterstatter	**Dr. Sascha Raabe** Berichterstatter	**Joachim Günther (Plauen)** Berichterstatter
	Heike Hänsel Berichterstatterin	**Ute Koczy** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Dr. Sascha Raabe, Joachim Günther (Plauen), Heike Hänsel und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6153** in seiner 117. Sitzung am 30. Juni 2011 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wenden sich die Antragsteller gegen die Umsetzung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die ihrer Auffassung nach ganz eng an die Vorschläge des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) angelehnt seien, wonach es in der Rohstoffpolitik ausschließlich um einen Beitrag zu einer nachhaltigen, international wettbewerbsfähigen Rohstoffversorgung der deutschen Industrie gehe.

Im Gegenzug komme es darauf an, die angestrebte vollständige Liberalisierung des globalen Handels mit Rohstoffen und den Abbau investitionssteuerender Instrumente in den Rohstoffländern zu verhindern. Insbesondere dürften die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung, wonach „der Zugang der deutschen Wirtschaft zu Rohstoffen und ihren Vertriebswegen“ zum „deutschen Sicherheitsinteresse“ zu rechnen wäre und „im Zweifelsfall militärisch durchzusetzen“ sei, nicht zum Zuge kommen.

In einem unter Beteiligung von Entwicklungs-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen neu zu erarbeitenden rohstoffpolitischen Ansatz müssten nach Auffassung der Antragsteller eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs, eine dezentrale Energiegewinnung und eine Stärkung der regenerativen Energieträger im Mittelpunkt der Strategie stehen.

Entwicklungspolitisch müssten die Interessen der rohstoffexportierenden Entwicklungs- und Schwellenländer respektiert werden. Entsprechend sollten die geplanten Rohstoffpartnerschaften aufgegeben und die EU-Verhandlungsstrategie gegenüber den Ländern des Südens im Rahmen der abzuschließenden Wirtschaftspartnerschafts- und Handelsabkommen gestoppt werden. Stattdessen müssten diese Länder durch Technologietransfer in ihrer wirtschaftlichen Diversifizierung gestärkt und die Menschenrechte, sozialen Mindeststandards und der Umweltschutz in die Handelsabkommen mit der EU aufgenommen werden. Bei diesen Verhandlungen sein die betroffenen sozialen Gruppen in den Ländern des Südens anzuhören.

Auf keinen Fall dürfe der Zugang von Ländern des Südens zum Allgemeinen Präferenzsystem mit deren Bereitschaft verknüpft werden, ihre Exportbeschränkungen im Rohstoffsektor abzubauen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, Kompensationsmodelle wie das ecuadorianische ITT-Projekt zu fördern, das den Verzicht auf die Förderung von extraktiven Rohstoffen mit Ausgleichszahlungen für dadurch entfallende Einnahmen zugunsten der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Länder verbindet.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner 44. Sitzung, der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag in seiner 51. Sitzung, der Verteidigungsausschuss hat den Antrag in seiner 98. Sitzung, der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 51. Sitzung, der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat den Antrag in seiner 43. Sitzung und der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 21. September 2011 beraten.

Der **Auswärtige Ausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 21. September 2011 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

Von der **Fraktion DIE LINKE.** wurde hervorgehoben, eine gerechte und entwicklungsförderliche internationale Rohstoffpolitik sei eines der wichtigsten Themen im 21. Jahrhundert. Da die Endlichkeit der Rohstoffe allgemein bekannt sei, stelle sich die Frage, wie mit den noch vorhandenen Rohstoffen umzugehen sei. Gegenwärtig erlebe man einen weltweiten, zunehmenden Kampf um Rohstoffe. Einerseits hätten die Schwellenländer einen wachsenden Bedarf, andererseits liege der Pro-Kopf-Verbrauch an Rohstoffen und der Pro-Kopf-Ausstoß an Emissionen in den Industrieländern nach wie vor an der Spitze. An der neuen Rohstoffstrategie kritisiere man zunächst einmal ihr Zustandekommen. Die Zivilgesellschaft sei nicht einbezogen worden. Statt mit Umweltorganisationen sei mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie zusammengearbeitet worden. Das erkläre auch, warum sich die jeweiligen Strategiepapiere und die darauf basierenden Forderungen derart ähneln würden. Die Fraktion DIE LINKE. wolle eine grundsätzlich neue Ausrichtung für die Rohstoffpolitik Deutschlands und der Europäischen Union. Dazu brauche es eine solidarische Zusammenarbeit, auch mit den Ländern des Südens, wo viele dieser Rohstoffe zu finden seien. Diese dürfe auch nicht als Instrument in Verhandlungen über Freihandelsabkommen oder das Präferenzsystem missbraucht werden. Stattdessen müsse man zunächst einmal ganz massiv den Verbrauch reduzieren, um sich anschließend mit den vielen Beteiligten an einen Tisch zu setzen und eine neue entwicklungsförderliche Rohstoffstrategie zu erarbeiten. Die müsse darauf abzielen, dass die Rohstoffe vor allem der Förderung der Entwicklung der Rohstoff liefernden Ländern diene.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisiert die Forderung im Antrag, wonach die Bundesregierung aufgefordert werde, ihre Rohstoffstrategie komplett zurückzuziehen und einen neuen Ansatz zu erarbeiten. In diesem sollte dann u. a. die europäische Industrie keinen Zugriff auf die Rohstoffe der Drittstaaten haben, es sollten grundsätzlich weniger Ressourcen in der EU verbraucht werden, und die Bundesregierung solle sich aus der Einflusssphäre von Lobbyverbänden der Industrie zurückziehen. Damit ziele dieser Antrag einzig und allein darauf ab, Konzerne und Verbände anzuprangern, weil sie vermeintlich die gesamte Politik der EU und Deutschlands bestimmten. Demgegenüber betone die Fraktion der CDU/CSU, dass die deutsche Industrie ein berechtigtes Interesse an der sicheren und kostengünstigen Versorgung mit Rohstoffen habe, da der Großteil des deutschen Wohlstandes von einer wettbewerbsfähigen Industrie erwirtschaftet werde. Es könne nicht im eigenen Interesse sein, wenn Deutschland als rohstoffarmes Land durch Marktregulierungen und politisch motivierte Maßnahmen Wettbewerbsnachteile erleide und die eigenen Rohstoffbedürfnisse nicht mehr gesichert werden könnten. Daher sei die Forderung nach einer Rohstoffstrategie, die nicht den Zugriff der deutschen und der europäischen Industrie auf Rohstoffe zum Ziel habe, aus ihrer Sicht völlig unrealistisch. Eine solche Forderung gefährde die Grundlagen der Industriepolitik und damit viele hunderttausende Arbeitsplätze. Die entwicklungspolitischen Ziele der CDU/CSU-Fraktion seien mit der Rohstoffstrategie gut vereinbar. Bei richtiger Nutzung des Rohstoffreichtums wachse auch der Wohlstand der Entwicklungsländer. Deshalb müsse weiter daran gearbeitet werden, dass der Rohstoffreichtum tatsächlich zugunsten der betroffenen Länder gesichert werde. Problematisch in rohstoffreichen Ländern seien vor allen Dingen Fragen der politischen und wirtschaftlichen Strukturen, Fragen von Good Governance und Bad Governance, Fragen zu Rechtstaatlichkeit und Korruption. Auf diese wichtigen Aspekte gehe der Antrag der Fraktion DIE LINKE. überhaupt nicht ein. Darum lehne man diesen Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** teilt die im Antrag vorgetragene Kritik an der Rohstoffstrategie der Bundesregierung und betont, vielen Forderungen könne man zustimmen. Was man aber nicht teile, sei die Forderung, auf jede Art von Zugriff der deutschen und europäischen Industrie auf Rohstoffe zu verzichten. Der Zugang zu Seltenen Erden beispielsweise, die zu 80 bis 90 Prozent in China lagerten und die für die deutsche Industrie zur Herstellung von Hochtechnologieprodukten benötigt würden, sei unverzichtbar. Darum werde man sich enthalten; im Übrigen habe man hierzu einen eigenen Antrag erarbeitet.

Die **Fraktion der FDP** verweist darauf, dass in der Rohstoffstrategie der Bundesregierung ausdrücklich hervorgehoben werde, dass sowohl die Interessen der rohstofffördernden als auch die der rohstoffimportierenden Länder zu berücksichtigen seien, und dass diese im Sinne gemeinsamer Vorteile auszugleichen und fortzuentwickeln seien. Insbesondere die bereits von der Fraktion der CDU/CSU und SPD kritisierte Forderung im Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf einen Zugriffsverzicht sei abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht, dass eine faire Verteilung und eine Gewährung von Entwicklungschancen für Entwicklungsländer im Mittelpunkt einer Rohstoffstrategie stehen müssten. Man argumentiere in vielen Bereichen ähnlich wie der Antrag der Fraktion DIE LINKE. Was als Überschrift des Antrags gefordert werde, sei für den künftigen, langfristigen und nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen von enormer Bedeutung. Man sei mit Blick auf die berechtigten Interessen der Entwicklungsländer der Auffassung, es würden sowohl in der Rohstoffstrategie der Bundesregierung als auch in der der Europäischen Union keine lösungsorientierten Wege beschritten. Nur wenn man die Herkunftsländer einbeziehe, könne man eine faire und gerechte Verteilung von Rohstoffeinnahmen organisieren. Man werde den Antrag ablehnen, weil hier pauschal behauptet werde, die Rohstofffrage sei ein Kriegsgrund. Im Antrag sei zu lesen, um Rohstoffe würden Kriege geführt wo etwa im Irak, in Afghanistan oder gegenwärtig in Libyen. Diese Aussage halte man für vermessen. Man vermisse zudem konkrete Lösungsvorschläge und Alternativen. Die pauschale Ablehnung des Konzeptes der Rohstoffpartnerschaften halte man für falsch. Wenn man durch gleichberechtigte Partnerschaften das Staatswesen unterstützen, eine nachhaltige Infrastruktur aufbauen und ein gutes Sozial- und Bildungssystem etablieren könnte, dann sei das eine konstruktive Herangehensweise.

Berlin, den 21. September 2011

Jürgen Klimke Berichterstatter	**Dr. Sascha Raabe** Berichterstatter	**Joachim Günther (Plauen)** Berichterstatter
Heike Hänsel Berichterstatterin	**Ute Koczy** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333